

1. Umfassender EU-Aktionsplan für Gleichberechtigung von LSBTI

Noch immer gibt es in der EU keinen umfassenden Aktionsplan für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI). Dabei hat sich das EU-Parlament bereits 2014 mit Zweidrittelmehrheit für „einen umfassenden Fahrplan (roadmap) für Gleichberechtigung ohne Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität“ ausgesprochen.

Deutschland muss sich gegen Minderheitenfeindlichkeit und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in Europa engagieren und die Kommission auffordern, dafür zu sorgen, dass ein umfassender Maßnahmenkatalog für die Gleichstellung und Gleichberechtigung von LSBTI umgesetzt wird.

1.1 Wie wird sich Ihre Partei dafür stark machen, dass die EU einen umfassenden Aktionsplan für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von LSBTI erhält?

CDU/CSU



Grundsätzlich gilt: Wir stehen für ein Europa der Werte und treten Diskriminierung – egal welcher Art – entschieden entgegen. Bereits seit 2000 gibt es eine EU-Richtlinie, die einen weitreichenden Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung, u. a. wegen der sexuellen Ausrichtung, in Beschäftigung und Beruf vorschreibt. Unabhängig von der o. g. Richtlinie gilt seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Verpflichtung aus der

Europäischen Grundrechtecharta, nach der Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung im Anwendungsbereich des Europarechts verboten sind.

SPD



Völlig egal, mit welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität: Jeder Mensch hat das universelle Recht auf Respekt, Anerkennung und ein Leben ohne Diskriminierung und Gewalt. Die Gleichbehandlungsrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) werden wir weiter stärken. Unsere europapolitischen Prioritäten spiegeln sich zuletzt im „Lunacek-

Bericht“ wider, der in auslaufenden Legislaturperiode vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. **Die Europäische Kommission hat hierauf eine Liste von Maßnahmen zur Förderung der LSBTIQ-Gleichstellung erstellt. Sie ist bisher nur ein guter Ausgangspunkt und entspricht noch nicht der Maßnahmen, die die SPD für ihre LSBTIQ-Gleichheitsstrategie seit langem fordern.**

Deshalb wollen wir eine ehrgeizigere EU Gesetzgebungsagenda, die gleiche Rechte und Chancen garantiert und die LSBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein Gegengewicht gegen „Antipropaganda“-Gesetze in einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt werden, die Diskriminierung und Hass gegen LSBTIQ-Menschen befördern. Die Europäische Kommission wurde bereits wiederholt von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufgefordert, ihre Kompetenzen unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Europarates zur Bekämpfung der Diskriminierung von LSBTIQ-Personen in der EU in vollem Umfang zu nutzen. Wir wollen erreichen, dass die Kommission die Durchsetzung der LSBTIQ-relevanten



super



ja



vage



nein



gefährlich

Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Rechtsvorschriften endlich besser überwacht. Das sind u.a. die Richtlinie über die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und die Richtlinien über die Gleichstellung der Geschlechter beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie zur Beschäftigung, die auch Transgender-Personen vor Diskriminierung schützen (auf der Grundlage der Erweiterung der Geschlechtereigenschaften durch den EuGH). Es sind Leitlinien für die Auslegung erforderlich, um den nationalen Behörden klarzumachen, dass die sexuelle Identität vollständig durch die genannten Rechtsvorschriften abgedeckt ist.

Die Kommission muss ihre volle Verantwortung dafür übernehmen, diese Rechtsvorschriften ohne Ausnahme durchzusetzen und Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wenn die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns auch weiter über die fraktionsübergreifende „LGBTI Intergroup“ im Europäischen Parlament für die Rechte von homo- und bisexuellen Menschen und von Transgender- und Intersex-Personen stark machen.

Bündnis 90/ Die Grünen



Der Fahrplan für Gleichheit und Nichtdiskriminierung von LSBTIQ*-Menschen ist unsere Initiative. Wir fordern, dass die Europäische Kommission **ein Folgedokument zur so genannten „List of Action“ vorlegt**. Dies läuft 2019 aus.

Die Linke



DIE LINKE wird sich im Rahmen der "Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke" (GUE/NGL) und darüber hinaus einbringen **um Mehrheiten für den Aktionsplan zu gewinnen**. DIE LINKE unterstützt NGOs und soziale Bewegungen, die Druck auf Entscheidungsgeber ausüben.

AfD



Wir sind nicht der Meinung, dass es den von Ihnen skizzierten europaweiten Fahrplan braucht. Wie wir unter 6. erklären lebt Europa in seinen unterschiedlichen nationalen Traditionen.

Wenn überhaupt, sind die nationalen Traditionen auf einen Gehalt hin zu untersuchen, der auf ihrer Grundlage eine Verbesserung für LSBTI-Bürger ermöglicht. Dieses Thema kann sehr interessant sein und die AfD wird für Deutschland geeignete Vorbilder, Werke, Strukturen identifizieren.

FDP



Wir Freie Demokraten setzen uns für starke Bürgerrechte ein, auf die sich jede Bürgerin und jeder Bürger der Europäischen Union, egal in welchem Mitgliedstaat, verlassen kann und die in einem neuen Entwurf einer Europäischen Verfassung an exponierter Stelle garantiert werden. Die EU ist gegründet auf gemeinsamen Werten und Freiheitsrechten. Auch wenn die Charta der Grundrechte der EU und die Europäische

Menschenrechtskonvention (EMRK) diese Rechte garantieren, müssen sie täglich wieder verteidigt werden.



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Nicht nur die einzelnen Abgeordneten im Europäischen Parlament, sondern auch die Kommission und ihre Beschäftigten müssen hinsichtlich der Belange von LSBTI sensibilisiert sein. Gemeinsam sollten sie dafür eintreten, dass in allen Mitgliedstaaten die Freiheit und Selbstbestimmung von LSBTI gewährleistet ist.

Ein systematischer Aktionsplan kann helfen, dieses Ziel durch einen koordinierten Einsatz der Institutionen der EU zu erreichen. Dafür muss ein neuer Anlauf genommen werden – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, die diese Anliegen teilen.

Freie Wähler



Wir FREIE WÄHLER setzen uns für **eine Aktualisierung der Studie (Towards an EU roadmap for equality on grounds of sexual orientation and gender identity) sowie der erarbeiteten Maßnahmen auf europäischer Ebene ein.** Neben der Verbesserung der Datengrundlage zu Bevölkerungsanteilen (nach dem Vorbild der Dalia-Studie) und zu Fällen von Diskriminierung in den einzelnen Mitgliedsstaaten brauchen wir für die Umsetzung eines

Aktionsplanes einen breiten gesellschaftlichen Diskurs um auf allen Ebene ein Bewusstsein gegen die Diskriminierung von LSBTI zu schaffen.

Piraten



Die PIRATEN lehnen jegliche Diskriminierung oder Kriminalisierung von Menschen wegen ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ab. **Ein solcher Aktionsplan für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von LSBTI ist aus unserer Sicht überfällig.** Wir fordern, dass der Fahrplan (Roadmap) für Gleichheit ohne Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität als

grundlegender Baustein zeitnah von der Kommission vorgelegt wird.

Tierschutzpartei



Im Rahmen des EU-Rechts sind Lesben, Bisexuelle und Schwule derzeit nur im Bereich der Beschäftigung vor Diskriminierung wegen ihrer sexuellen Ausrichtung geschützt, Transsexuelle und Transgender-Personen nur, wenn die Diskriminierung wegen einer Geschlechtsangleichung erfolgt. Die EU-Grundrechtecharta verbietet jedoch auch die Diskriminierung aller Menschen aufgrund der sexuellen Ausrichtung.

Wir setzen uns explizit dafür ein, dass die Grundrechtecharta innerhalb der EU auf rechtlicher Ebene durch künftig verbindliche Gesetzestexte umfassend umgesetzt wird und Diskriminierung dementsprechend geahndet werden kann.

Familienpartei



Ansatzweise gibt es diesen schon, wenn wir einen Blick in der Entschließung aus dem Jahre 1994 „Gleichberechtigung für Schwule und Lesben in der EG“ – Dokument A3-0028/94 werfen und diese im Kontext betrachtet mit der EU-Grundrechtecharta der EU- Gleichstellungscharta.

Die EU-Grundrechtecharta verbietet Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung. Transgender-Personen werden laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs durch die Grundrechtecharta vor Diskriminierung wegen ihres „Geschlechts“ geschützt. Die EU- Gleichstellungscharta vermeidet es, Geschlechtsrollenklischees zu



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen. LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

reproduzieren. Erklärte Absicht ist, kontinuierlich gegen Diskriminierung, Mehrfachdiskriminierung und Benachteiligung anzugehen, sei es aufgrund von

- Rasse, Hautfarbe, genetischer Merkmale, ethnischer und sozialer Herkunft
- Sprache, Religion oder Glaube, politischer oder sonstiger Überzeugungen
- Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit
- Behinderung, Alter oder sexueller Identität"

Dabei muss berücksichtigt werden, dass bereits 1993 bei der Wiener UNO Menschenrechtskonferenz die Trennung unter Menschenrechten aufgehoben wurde und die Unteilbarkeit der Menschenrechte wie folgt definiert «Alle Menschenrechte sind allgemein gültig, unteilbar, bedingen einander und bilden einen Sinneszusammenhang». Das ist auch für unsere Partei eine der obersten Handlungsmaxime. **Hier setzen wir an und werden uns in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen für einen verbindlichen Aktionsplan unter Beachtung der in Frage zwei aufgeführten Themen einsetzen.** Denn es ist an der Zeit, die Entschließung und Gleichstellungscharta gemäß den Bedürfnissen des 21. Jahrhundert mit Leben zu füllen.

1.2 Welche Themen und Maßnahmen soll der Aktionsplan Ihrer Partei nach beinhalten?

CDU/CSU



CDU und CSU werben für Toleranz und wenden sich gegen homophobe Tendenzen genauso wie gegen jede Form der Diskriminierung. Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel, Menschen vor Diskriminierungen aufgrund ihrer sexuellen Identität zu schützen und zu unterstützen.

SPD



Völlig egal, mit welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität: Jeder Mensch hat das universelle Recht auf Respekt, Anerkennung und ein Leben ohne Diskriminierung und Gewalt. Die Gleichbehandlungsrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) werden wir weiter stärken.

Unsere europapolitischen Prioritäten spiegeln sich zuletzt im „Lunacek-Bericht“ wider, der in auslaufenden Legislaturperiode vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Die Europäische Kommission hat **hierauf eine Liste von Maßnahmen zur Förderung der LSBTIQ-Gleichstellung erstellt. Sie ist bisher nur ein guter Ausgangspunkt und entspricht noch nicht der Maßnahmen, die die SPD für ihre LSBTIQ-Gleichheitsstrategie seit langem fordern.** Deshalb wollen wir eine **ehrgeizigere EU-Gesetzgebungsagenda**, die gleiche Rechte und Chancen garantiert und die LSBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein Gegengewicht gegen „Antipropaganda“-Gesetze in einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt werden, die Diskriminierung und Hass gegen LSBTIQ-Menschen befördern. Die Europäische Kommission wurde bereits wiederholt von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufgefordert, ihre Kompetenzen unter Berücksichtigung der **Empfehlungen des Europarates** zur Bekämpfung der Diskriminierung von LSBTIQ-Personen in der EU in vollem Umfang zu nutzen. Wir wollen erreichen, dass die Kommission die **Durchsetzung der LSBTIQ-relevanten Rechtsvorschriften** endlich besser überwacht. Das sind u.a. die Richtlinie über die



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und die Richtlinien über die Gleichstellung der Geschlechter beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie zur Beschäftigung, die auch Transgender-Personen vor Diskriminierung schützen (auf der Grundlage der Erweiterung der Geschlechtereigenschaften durch den EuGH). Es sind **Leitlinien** für die Auslegung erforderlich, um den nationalen Behörden klarzumachen, dass die sexuelle Identität vollständig durch die genannten Rechtsvorschriften abgedeckt ist.

Die Kommission muss ihre volle Verantwortung dafür übernehmen, diese Rechtsvorschriften ohne Ausnahme durchzusetzen und **Vertragsverletzungsverfahren** einzuleiten, wenn die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns auch weiter über die fraktionsübergreifende „LGBTI Intergroup“ im Europäischen Parlament für die Rechte von homo- und bisexuellen Menschen und von Transgender- und Intersex-Personen stark machen.

Bündnis 90/ Die Grünen



Wir setzen uns für eine „**LGBTI Roadmap**“ ein, die **bisher vernachlässigte Themen, wie zum Beispiel das Mainstreaming der Rechte von trans- und intersexuellen Menschen beinhaltet**. Wir haben dazu bereits eine Anhörung im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments organisiert. Außerdem haben wir eine parlamentarische Anfrage zu diesem Thema initiiert und setzen uns dafür ein, dass das Plenum des

Europäischen Parlaments sich noch in dieser Legislaturperiode damit befasst.

Die Linke



Aus Sicht der LINKEN sollten alle queeren Menschen (bzw. LSBTTIQ*) frei von Diskriminierung in Europa leben können und es sollte **an alle Schulen in Europa** die tatsächliche Vielfalt der Gesellschaft vermittelt werden. (Ein wie in einigen EU-Staaten existierendes Verbot solcher Vielfaltsvermittlung ist ein Eingriff in die Menschenrechte und sollte unterbunden werden). Zudem sind besonders die Rechte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen massiv

missachtet.

AfD



Wir sind nicht der Meinung, dass es den von Ihnen skizzierten europaweiten Fahrplan braucht. Wie wir unter 6. erklären lebt Europa in seinen unterschiedlichen nationalen Traditionen.

Wenn überhaupt, sind die nationalen Traditionen auf einen Gehalt hin zu untersuchen, der auf ihrer Grundlage eine Verbesserung für LSBTI-Bürger ermöglicht. Dieses Thema kann sehr interessant sein und die AfD wird für

Deutschland geeignete Vorbilder, Werke, Strukturen identifizieren.

FDP



Wir Freie Demokraten wollen ein Europa der Vielfalt. Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Die Europäische Union darf es deshalb nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus,



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen. LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit oder Homophobie muss auf allen Ebenen entschlossen bekämpft werden.

Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein fundamentales Grundrecht, das für alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gilt, also selbstverständlich auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI). Demonstrationen von LSBTI müssen unionsweit ungehindert und sicher stattfinden können. Einschränkungen, über das Leben homosexueller Menschen sachlich aufzuklären, darf es nirgends in der EU geben. Die EU muss insgesamt ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist. Auch für Beitrittskandidaten darf es keinen Rabatt bei der Achtung der Bürgerrechte von LSBTI geben.

Wir Freie Demokraten wollen die Kernpunkte, die wir auf unserem Europaparteitag für die Rechte und die Gleichstellung von LSBTI beschlossen haben, in einem solchen Aktionsplan verankert sehen:

- einen Rechtsrahmen, in dem bestehende gleichgeschlechtliche Ehen in allen Mitgliedstaaten der EU anerkannt werden
- die Sicherung des Demonstrationsrechts und der sachlichen Aufklärung über LSBTI in der ganzen Union
- die Förderung von Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität einsetzen, durch die EU
- die Ausweitung von Rechtsakten der EU gegen Rassismus auf Homophobie
- die Förderung von Diversity Management in der Arbeitswelt als Strategie auf EU-Ebene
- bei Beitrittskandidaten die konsequente Einbeziehung von LSBTI-Rechten in den Beitrittsprozess
- konkrete Maßnahmen in der gemeinsamen Außen- und Entwicklungspolitik der EU: Förderung von LSBTI-Projekten und Sanktionen bei Strafverschärfungen gegen Homosexuelle
- Wichtig ist uns hierbei, dass der Aktionsplan klar definierte, messbare und terminierte Ziele und Maßnahmen ausweist und damit über Äußerungen des guten Willens hinausgeht.

Im Blick auf die Mitgliedstaaten setzen wir Freie Demokraten auf Dialog und Überzeugungskraft. Gleichzeitig müssen der EU aber wirksame Sanktionsmechanismen zur Verfügung stehen, wenn Bürgerrechte systematisch eingeschränkt werden. Die Sanktionsmechanismen müssen so ausgestaltet sein, dass sie nicht durch eine kleine Minderheit von Mitgliedstaaten blockiert werden können. Wir treten für eine Aufwertung der europäischen Grundrechteagentur ein. Dazu fordern wir, dass die Agentur ein Mandat zur politischen Bewertung der Menschenrechtslage in den Mitgliedstaaten der EU erhält. Mit dieser Aufwertung der Agentur wollen wir eine neue Grundwerteinitiative starten, die eine Verteidigung europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten durch rechtzeitige Diskussionen ermöglicht. Zudem muss der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) personell und finanziell gestärkt werden.

Freie Wähler



Wir setzen uns für einen diskriminierungsfreien Zugang zu Dienstleistungen und eine breite gesellschaftliche Teilhabe für LSBTI ein. Ein gesellschaftlicher Diskurs muss über alle Anforderungen in den unterschiedlichen Altersgruppen geführt werden. So bedarf es neben einem **diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsleistungen, auch im Bereich der Altenpflege neue Ansätze, dass die Angebote inklusiv** gestaltet werden.



super



ja



vage



nein



gefährlich

Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Piraten



Der erste Schritt in einem solchen Aktionsplan muss die Aufklärung sein. Neben europaweiten **Aufklärungsprojekten an Schulen**, fordern wir, dass LSBTI in Zukunft auch in der **Ausbildung von Staatsangestellten** thematisiert wird und Möglichkeiten zur Fortbildung geschaffen werden. Des weiteren fordern wir die **Schaffung von Beratungsstellen für LSBTI Menschen** die von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind.

Tierschutzpartei



Wir fordern einen EU-Maßnahmenkatalog, der untergliedert ist in die Bereiche Kinder, Jugend und Familien, Alter und Pflege, Menschen mit Behinderungen, Psychosoziale Beratung, Gesundheit, Geflüchtete, Migration, Kultur und Geschichte und Arbeit, sowie eine zentrale Koordinierungs- und Beschwerdestelle bei Verstößen der Mitgliedsstaaten.

Familienpartei



- Mehr Verständnis, Akzeptanz und Achtung, durch zielgerichtete Förderung von Initiativen und Öffentlichkeitsarbeit.
- Das Recht in einen offenen und integrativen Umfeld zu leben.
- Anerkennung auf Privatleben und Selbstbestimmung.
- EU weite und gleiche Ahndung homo- und transphobischen Vorfälle, wie bei rassistisch oder fremdenfeindlich motivierten Straftaten;
- Verschärfte Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung beim Zugang und bei der Versorgung mit Gütern, Dienstleistungen und Informationen.
- Europäische Anerkennung der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität als Verfolgungsgrund beim Asylrecht



super



ja



vage



nein



gefährlich